

II-11975 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FINAL

No. 664 /A (E)

17. DEZ. 1993

Präs.:

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Pumberger, Huber, Dolinschek
betreffend Senkung des Selbstbehaltes in der Krankenversicherung der Bauern, Gewerbetreibenden und Beamten

Alle selbständig Erwerbstätigen und Beamten müssen derzeit einen Selbstbehalt von 20 % bei Leistungen der Krankenversicherung für sich und ihre Angehörigen tragen und diese meist auch noch vorfinanzieren. Unselbständige hingegen erhalten die meisten Sachleistungen ohne Selbstbehalt auf Krankenschein. Angesichts eines nahezu gleich hohen Beitrages ist die Schlechterstellung der Selbständigen und Beamten nicht gerechtfertigt. Besonders hart trifft die geltende Regelung einkommensschwache Selbständige, vor allem bei Krankenhausaufenthalten, aber auch unselbständig Erwerbstätige hinsichtlich der Anstaltspflege ihrer Angehörigen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird ersucht, dem Nationalrat binnen eines halben Jahres einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der

1. die Senkung des Selbstbehaltes nach BSVG, GSVG und B-KUVG von 20 % auf 10 % und
2. die Senkung der Grenze für die Befreiung vom Selbstbehalt bei Anstaltspflege von vier Wochen auf zwei Wochen im BSVG und im ASVG für Angehörige vorsieht."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales beantragt.

Wien, am 17. Dezember 1993

fpc107\caanstsb.pum171293

DVR 0717193